

Als Rechtsanwalt verarbeite ich personenbezogene Daten ausschließlich in Übereinstimmung mit den anwendbaren Rechtsvorschriften.

1. Als Kanzlei-Inhaber bin ich Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die mir bei der Bearbeitung eines Mandates mit Ihrer Beteiligung bekannt werden. Falls Sie Fragen hinsichtlich des Datenschutzes haben oder eines der Ihnen nach der Verordnung (EU) 2016/679 (im folgenden: DSGVO) zustehenden Rechte geltend machen möchten, wenden Sie sich bitte an mich: Rechtsanwalt Dr. Hagen Wegewitz, Berliner Straße 133, 14467 Potsdam, info@wegewitz.net.

2. Ich erheben von Ihnen insbesondere per Post, E-Mail, beA, Fax, Messenger oder telefonisch mitgeteilten Informationen, die zur Klärung einer Angelegenheit notwendig sind. Dies sind insbesondere Ihre Kontaktdaten sowie etwaige Angaben zu persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt

- zur Korrespondenz mit Ihnen,
- zur Aufklärung des Sachverhaltes in sämtlichen Angelegenheiten mit Ihrer Beteiligung,
- um Sie auch unter Berücksichtigung Ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können,
- zur Geltendmachung und Ausübung Ihrer rechtlichen Ansprüche.

Die Datenverarbeitung erfolgt nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO zu den genannten Zwecken und ist für die angemessene Bearbeitung einer Angelegenheit erforderlich. Denn meine Mandanten haben ein berechtigtes Interesse daran, ihre bestehenden Rechtspositionen wahrzunehmen, ggf. auch gerichtlich.

3. Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte zu anderen als den im folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt und ist auch nicht beabsichtigt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO für die ordnungsgemäße Bearbeitung einer Angelegenheit erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen meiner Mandanten.

4. Die im Rahmen der Bearbeitung einer Angelegenheit von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Rechtsanwälte (§ 50 Abs. 1 S. 2 und 3 BRAO) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, daß ich aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, UStG oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet bzw. zur Wahrung meiner berechtigten Interessen befugt bin.

5. Sie haben grundsätzlich das Recht, gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von mir verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen.

Als Rechtsanwalt bin ich allerdings weder während der Bearbeitung einer Angelegenheit noch nach deren Abschluß dazu verpflichtet, Ihnen gegenüber Auskunft zu er-

teilen. Ein Auskunftsrecht hinsichtlich der Daten, die mir bei Bearbeitung einer Angelegenheit bekannt geworden sind, besteht nicht, da diese umfassend der anwaltlichen Schweigepflicht unterliegen (vgl. § 29 Abs. 1 S. 2 BDSG i.V.m. § 43a Abs. 2 BRAO).

Sie haben das Recht, gemäß Art. 16 DSGVO die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen.

Ich bin insofern fortlaufend darum bemüht, die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Sollten sich Ihre bei mir gespeicherten Daten (z.B. durch Umzug oder Namensänderung) ändern, so bitte ich Sie, mir dies mitzuteilen, damit ich Ihre Daten unverzüglich berichtigen kann.

Sie haben das Recht, gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen.

Ich bin allerdings weder verpflichtet noch berechtigt, Ihre personenbezogenen Daten während der Bearbeitung einer Angelegenheit zu löschen, da Ihre Daten in diesem Zeitraum zur Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen notwendig sind (vgl. Art. 17 Abs. 1 lit. a) DSGVO). Entsprechendes gilt für die unter Ziff. 4 genannten Zeiträume auch nach Abschluss Ihrer Angelegenheit (vgl. Art. 17 Abs. 3 lit. b) DSGVO).

Sie haben das Recht, gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

Ich darf eine Angelegenheit allerdings auch bei einer geforderten Einschränkung der Verarbeitung diese Daten weiterhin bearbeiten, da Ihre personenbezogenen Daten zur Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen und damit auch zum Schutz von Rechten verarbeitet werden (vgl. Art. 18 Abs. 2 DSGVO). Entsprechendes gilt auch im Falle eines Widerspruchs nach Art. 21 DSGVO.

Sie haben das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen.

Ich bin allerdings nicht dazu verpflichtet, die Bearbeitung einer Angelegenheit auf Ihren Widerspruch hin einzustellen, da die Datenverarbeitung – wie in Ziff. 2 beschrieben – der Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen dient (vgl. Art. 21 Abs. 1 S. 2 DSGVO).

Sie haben das Recht, gemäß Art. 77 DSGVO Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde einzulegen. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder meines Kanzleisitzes wenden.

Abschließend weise ich Sie darauf hin, daß Sie nicht verpflichtet sind, personenbezogene Daten von sich bereitzustellen.

Ich bin im Falle der Nichtbereitstellung der unter Ziff. 2 genannten personenbezogenen Daten jedoch möglicherweise nicht in der Lage, eine Angelegenheit/en auch unter Berücksichtigung Ihrer Interessen, namentlich Ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, angemessen rechtlich und tatsächlich zu würdigen.